

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Social-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Manuscripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Social-Zeitung gestiftet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Postzeitung Nr. 1142 u. Nr. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133, Postfach-Ronto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Angabe n werden d. 89 Pf. 34 mm dr. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Annoncenstellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm dr. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluss vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds. 6 Uhr. Adressierungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Social-Zeitung, 2. mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Dr. Braunhauerstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 319.

Halle, Freitag, den 11. Juli.

1919.

Reichsminister Schmidt über die Erhöhung der Brotzotation.

(Drahtnachricht.) Weimar, 10. Juli. Der letzte Ausschuss für Vorkontrollpflicht befähigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einer bereits am 3. Juli eingebrachten Vorlage der Regierung betreffend die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll ein Höchstpreis für Roggen festgesetzt werden von 400 bis 415 Mark. Die Preise für Desfrätsche sollen ebenfalls erhöht werden. Im Laufe der Debatte äußerte sich Reichsminister Schmidt zur Frage der Erhöhung der Brotzotation, dies wäre zweifellos ein Mittel, den Schleichhandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Erntertrage dieses Jahr im Hinblick auf die absehbaren Gebiete um 85 Prozent des vorjährigen Ertrages geschätzt wird, so entfielen ein Heilertier von 1270000 Tonnen. Dieser Bedarf sei durch Einfuhr zu decken. Die Stellen für ausländisches Getreide seien aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung der Brotzotation eintreten müsse, oder Reichszuschüsse bereitgestellt werden müßten, die die Last belastete Reichskasse kaum tragen könne. Auslandsnachschub folte 1900 Mark, das einheimische 450 Mark die Tonne. Die einheimische Produktion zu haben müsse also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der vorerwähnten Erhöhung der Getreidepreise handele es sich um etwa 5 Pfennig pro Kopf und Tag. Sollten die Stellen der vorerwähnten Weiserhöhung vom Reich getragen werden, so müßten nur 988 Millionen aufgebracht werden. Die landwirtschaftliche Produktionskosten hätten sich bedeutend erhöht, und es liege im Interesse auch der Konsumenten, hier einen Anstoß zu schaffen. Unsere Getreide- und Brotzotation sind die billigsten der Welt und sind weit hinter der Kohlenpreissteigerung zurückgeblieben. Die Defizitfähigkeit muß bereinigt und muß verkleinert, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendungen bezahlen muß, damit sie weiter bestehen könne. Würde man die Wirtschaft festlegen, würden viel höhere Mindestpreise in Erscheinung treten. Nachdem zwei Parteien Bedenken gegen die sofortige Preissteigerung zu äußern der Konsumenten geltend gemacht haben, könne vielleicht ein Mittelweg beschritten werden dadurch, daß dem Preisobergrenzenamt das Recht auf Erlass einer Preisnotverordnung gegeben und daß es den Auftrag erhält, mit dem Reichsfinanzministerium in 2. Handlungen einzutreten über eine Preisnotverordnung.

Trübe Aussichten für den kommenden Winter.

Drahtnachricht. Berlin, 9. Juli. Beim Reichswirtschaftsministerium hat mit Vertretern der Reichs- und Landesbehörden eine Besprechung über die Rohstofflage stattgefunden, in der von berufener Seite ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse und der für den Winter zu erwartenden Versorgung gegeben wurde. Danach ist die Lage äußerst ernst. Die Eisenbahnen und die Gaswerke haben bisher in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahr keinerlei Bestände für den Winter anzuheben können, und auch für den Ausbrand ist die Beschaffung von Winterkohlen bisher noch nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Niedrigstandes der Förderung und der Steigerung in den Kohlenpreisen und im Verkehrswesen werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schwere auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Aussichten auf eine demnächstige erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß bekanntlich der Friedensvertrag die Lieferung tieferer Kohlenmengen an die Entente vorseht. Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandlieferung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke und der Elektrizitätswerke, Verringerung der Zufuhr an die Industrie in einem Maße, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Erzeugung selbst wichtiger Industrien unvermeidlich erscheinen läßt. Es ist dringend nötig, daß auch die Defizitfähigkeit über den Ernst der Lage sich klar wird.

Jordauer des Berliner Verkehrstreits.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Beschlüsse des Verkehrsministeriums, auf dem Wege über das Reichsverkehrsministerium eine Verbindung zwischen dem Unternehmen und den streikenden Angestellten der Eisenbahnen, Post- und Fernsprechanstalten herbeizuführen, sind vorläufig als gescheitert anzusehen.

Freigabe des dänischen Handels.

Kopenhagen, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die hiesigen beiden Handelsorganisationen, die während der Kriegszeit die amtliche Aufsicht über den dänischen Handel geführt haben, mitteilen, haben sie mit Zustimmung des Ministeriums der Auswärtigen mit der dänischen Regierung ein Abkommen geschlossen wonach das am 18. September 1918 mit diesen Organisationen getroffene Handelsabkommen, das dem dänischen Handel sehr erhebliche Einbußen anbrachte, aufgehoben wird.

wesentlich, sobald die Ententeinteressen die amtliche Mitteilung von der Aufhebung des Friedensvertrages durch Deutschland erhalten haben. Dies bedeutet somit, daß von diesem Zeitpunkt an Dänemark mit Deutschland und den übrigen Mittelmächten Handel treiben kann. Es bleiben nur die Beschränkungen für den freien Warenverkehr bestehen, die die einzelnen Länder aus Rücksicht auf ihre eigenen Interessen erlassen haben, um zum Beispiel zu verhindern, daß sie durch übertriebene Ausfuhr von gewissen Waren entblüht werden.

Die drei Ueberwachungskommissionen.

Paris, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat der Alliierten zum Chef der Kommission, die die Ausfuhr der militärischen Bestimmungen, die im Friedensvertrag enthalten sind, für Deutschland zu überwachen, einen französischen General ernannt. Zu Chef der Kommission, die die maritimen und Luftfahrt-Ausführungen der Deutschen zu überwachen haben, wurde ein englischer Admiral, und ein Brigadegeneral ernannt. Alle drei Kommissionen werden ihren Sitz in Berlin haben, in anderen Städten die Unterkommissionen. Für die Ueberwachung sind 200 alliierte Offiziere bestimmt.

Verhandlungen über die Befreiung der Rheinlande und den Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 10. Juli. Unterstaatssekretär Lewald hat sich gestern mit einer Kommission nach Paris begeben, um dort über das Abkommen betreffend die Befreiung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig ist die Kommission betreffend den Wiederaufbau der durch die Kriegeserfolge französischen Gebiete abgereist. An der Spitze dieser Kommission steht Unterstaatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium. Beide Kommissionen werden getrennt voneinander arbeiten.

Reibung zwischen englischen und belgischen Truppen.

WTB. Amsterdam, 10. Juli. Laut „Allgemein Handelsblatt“ ist in den letzten Tagen eine Reibung zwischen den englischen und belgischen Truppen von Malmedy zu verzeichnen. „Nation Belge“ fragt, was die Briten in Malmedy eigentlich noch zu suchen haben, nachdem dieses Gebiet durch den Friedensvertrag Belgien angewiesen worden ist. Die belgischen Blätter stellen fest, daß die Belgier in Malmedy noch immer nichts zu sagen hätten, und daß der deutsche Landrat noch immer Herr und Meister sei, und zwar mit Unterstützung der britischen Behörden. Zwischen dem britischen Befehlshaber und dem deutschen Landrat besteht zum Verrger der Belgier ein freundschaftlicher Verkehr. Die belgischen Blätter dringen darauf, daß die belgischen Truppen sofort Malmedy verlassen, wie dies bereits mit Cupen geschehen ist.

Die Zukunft der Beamten des Saargebietes.

WTB. Berlin, 10. Juli. Von besonderer Seite wird geschrieben: Unter den Beamten des Saargebietes herrscht noch immer eine gewisse Unruhe wegen ihrer Zukunft. Von dem Saargebietshof, der sich nunmehr nach Regelung der Saarfrage durch den Abschluß des Friedens aufgelöst hat, wurde schon vor längerer Zeit eine Eingabe an die Staatsregierung gerichtet, die sich mit der Sicherstellung der Gehälter und Pensionen der im losgerissenen Saargebiet verbleibenden Staatsbeamten befaßt. Die Interessen der Beamten wurden dabei in weitestgehendem Maße wahrgenommen. Die Staatsregierung hat denn auch, wie aus ihrem Erlass hervorgeht, das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind bereits bekannt gegeben worden. Den Wünschen der Beamten wird dabei in einer Weise Rechnung getragen, daß sie durchaus der Zukunft ruhig entgegensehen können.

Einfall der Roten Armee in Niederösterreich?

WTB. Wien, 10. Juli. (Drahtnachricht.) Wie die Abendblätter melden, werden an den von Ungarn nach Niederösterreich führenden Straßen seit einigen Tagen Teile der Roten Armee aufmarchiert, die aus der Slowakei kommen und durchaus verlässliche Anhänger des Regimes Bela Kuns sein sollen. Insbesondere in Altbuda und nördlich vom Neufelder Sie sind bereits 4000 bis 5000 Mann rote Truppen zum Einfall in Niederösterreich bereit. Es sei offensichtlich, daß diese Truppen zu einem Einmarsch gegen Wiener Neustadt und das Steinfeld dienen sollen.

Graf Brockdorff wird nicht Dotschaker in Wien.

WTB. Berlin, 10. Juli. Verschiedene Blätter haben die Nachricht gebracht, daß der frühere Reichsminister Graf Brockdorff-Rausa zum Nachfolger des Reichsministers Grafen Welde in Wien in Aussicht genommen sei. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

R. 34 fährt nach Schottland zurück.

Amsterdam, 10. Juli. Das Schiffschiff „R. 34“ geht am 11. Juli 87 Minuten die Mittelsee nach Schottland angetrieben.

Die Wiedergeburt des freien Handels.

Das Ende der Kriegesgesellschaften.

er. Berlin, 10. Juli 1919.

Ministerpräsident Gustav Bauer wird heute Programmrede erst in der nächsten Woche halten. Aber man weiß im folge der Willkür-Krise heute schon, was er zu der unterdessen erfolgenden Aufhebung der Blockade sagen wird. Er vertritt eine Planwirtschaft auf dem Gebiete der Ernährung und will den freien Handel wieder voll in seine alten Rechte einsehen. Das ist leicht gesagt und wird häufig getan sein. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts in Weimar haben gezeigt, welche große Meinungsverschiedenheiten im Punkte der Wirtschaftsprinzipien herrschen, und in der brennendsten aller Angelegenheiten, in der Lebensmittelfrage, weiß niemand, wo der Hufe laufen wird. Soll man dem Ansturm der jahrelang blockierten Waren Tür und Tor öffnen? Was kommt dabei heraus oder vielmehr herein? An der holländischen Grenze liegen angeblich für 200 Millionen Mark Lebensmittel. Aber die Einfuhrgenehmigung, so heißt es, sei noch nicht da. Das soll ein verdeckter Vorwurf gegen diejenigen Stellen sein, die die Genehmigung noch nicht erteilt haben. Aber was sind das für Waren, die da warten? Es wird wohl erkannt sein, daß Holland, wie auch die anderen Neutralen, immer noch Ausfuhrbeschränkungen für wirklich wertvolle Lebensmittel aufrechterhalten und daß sie mit Rücksicht auf ihre eigene Bevölkerung nicht gewillt sind, sofort alle Schranken fallen zu lassen. Wir müssen uns also die Waren, die an den Grenzen liegen, genau auf ihren Wert anschauen. Es wird sich wahrhaftig herausstellen, daß von Holland sehr viel Salz- und Dörrgemüse herein muß, eine Ware, von der wir in Deutschland nur allzuviel gänzlich unbrauchbar in Vorrat liegen haben. Alles aber, was jetzt an Lebensmitteln vom Ausland kommt, drückt auf die heutige Welt, die durch die Streiks ohnehin niedrig genug gehalten wird. Hier können also nur amtliche Hauptleute entscheiden, wann, die unter der Verantwortung ihrer öffentlichen Postens stehen. Und das sind meist die führenden Persönlichkeiten der Kriegesgesellschaften.

Wohl jeder, der nicht gerade das Brot dieser Gesellschaften isst, läßt es gern, wenn sie im Augenblick, da die Grenze sich wieder öffnet, alle von einer klaffenden Erdspalte verschlungen würden. Vielleicht hätte ein Reichsgesetz das systematische Wüthen dieser bürokratischen Kampagne vorbereiten können. Das ist leider nicht geschehen. Und so bleibt es der Einsicht der Vorstände und Beiräte überlassen, sich beizeiten überflüssig zu fühlen. Die Organisation, die über den Textilwaren thront, hat die Einsicht bereits gezeigt. Sie verlangt allerdings eine halbe Milliarde Mark vom Steuerzahler, um eines leichten Liquidationstodes zu sterben. Wenn alle anderen Kriegesgesellschaften diesem Beispiel folgen, würde kein Erbgänger den deutschen Staatskontrollat aufhalten. Hier heißt es für die Defizitfähigkeit zu kämpfen. Denn die Kriegesgesellschaften sind wie die amerikanischen Trüps Staaten im Staate geworden, die sich schwer überwaschen und noch schwerer verdrängen lassen. Von der landwirtschaftlichen Vermehrung, die sie im Kriege und noch während des Waffenstillstandes erfahren haben, macht man sich gemeinlich wohl kaum die richtige Vorstellung. So entstanden z. B. zur „Verforgung von Gemüse und Obst“ allein“ in Groß-Berlin neun Zentralstellen. (Sie haben alle so lange Namen, daß man sie hier nicht aufzählen kann.) Der Zucker wurde und wird durch sieben große Organisationen rationiert. Der Kriegsausgleich für Getreide und Fett, der neben der Reichsstelle für Speisefett und neben der Kriegesministergesellschaft besteht, hat allein acht Abrechnungsstellen, die sich untereinander stets ins Gehege kommen. Unter diesem Rattenkönig von Beamten mit ihren Schätzungen und bürokratischen Willkürlichkeiten muß jetzt endlich aufgeräumt werden. Als der Staat Friedtrübs des Großen erkrankte, da war die Bürokratur so absolut wie der Monarch. Sie reglementierte und bevormundete das Volk politisch und wirtschaftlich. Das waren die Zeiten des Wertanismus, die Jahrzehnte der engen Schranken der staatlichen Monopolwirtschaft, des Konzessionszwanges für alles und jedes, der Furcht vor der fremden Wareneinfuhr, die Initiative, der Wagemut der einzelnen schwand unter diesem staatssozialistischen Regime, und die Folge von alledem war die allgemeine Willenserschaffung. Sewla haben wir, unter der Aufsicht der Kriegesgesellschaften und auf dem Trümmerhaufen des Zulammenbruchs ziemlich dieselbe Lage. Aus dieser Lage kommen wir nur heraus, wenn die Regierung den Wut der Kriegsbürokratur fähig und rasch beseitigt und nur noch sozial befaßt, als zur Abwicklung des Übergangszustandes unbedingt erforderlich ist. Ueber diese Dinge erwartet man vom Ministerpräsidenten eine klare programmatische Stellungnahme.

# Zum Prozeß gegen den Kaiser und seine Generale.

## Ruhige Erwägungen über den Kaiserprozeß in England.

WTB. Berlin, 10. Juli. (Drahtnachricht.) Der Contingent-Berichterstatter des Journals stellt fest, daß die Frage der Aburteilung des Kaisers in politischen englischen Kreisen lebhaft diskutiert werde. Selbst gute Patrioten seien der Ansicht, die in Aussicht genommene Lords Reading und Sumner könnten nicht in Frage kommen, weil sie während des Krieges Willküren erfüllt hätten, die direkt mit dem Kaiser in Beziehung stehen. Auch der Lord könne als Unterstutz für den Kaiser nicht in Frage kommen. Der Berichterstatter läßt sein Urteil über die Stimmung dahin zusammen, daß sich offenbar eine Lösung auf der Mittelstufe herbeiführen werde, durch welche der Prozeß vermieden werden könne und dem früheren Kaiser ein moralischer Tadel ausgesprochen werde, und er glaubt, eine derartige Lösung werde auch von der englischen Regierung aufgenommen werden.

## Der Prozeß gegen die deutschen Generale.

Paris, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie „Echo de Paris“ meldet, soll der Prozeß gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden. Paris werde das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generale als Angeklagte zu sehen. Der Beginn des Prozesses ist für Mitte Dezember vorgesehen. Die neutrale Presse bemerkt hierzu vielfach, daß man in diesem Schauspiel eine Verleumdung der französischen Republik zu erkennen müsse.

## Holland wird an den Völkerbund appellieren.

Brüssel, 10. Juli. Der Amsterdamer Berichterstatter des „Nieuw Journal“ berichtet, im Falle die Entente von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers verlange, werde die holländische Regierung die Angelegenheit dem Völkerbund zur Entscheidung unterbreiten und sich dessen Entscheidung fügen.

## Die deutschen Frauen gegen die Auslieferung.

Berlin, 10. Juli. Die Vereinigung deutscher Frauen hat in die Königin der Niederlande eine Drabingung gerichtet, in der sie die heraldische Bitte auspricht, der Auslieferung des Kaisers Wilhelm II. nicht zuzustimmen zu wollen.

## Belgiens Nachsucht.

Brüssel, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser „L'Echo“ meldet aus Brüssel: Von belgischer Seite wird erklärt, daß, sofern die Aburteilung des deutschen Kaisers in England nicht möglich sein werde, Belgien direkt die Auslieferung verlangen wird. Die belgische Regierung habe die Angelegenheit gegen den Kaiser auch auf die in Belgien auf seinen Befehl angeordneten Verhaftungen und Erschießungen ausgebeugt.

## Der sächsische Bergarbeiterstreik beendet.

### Keine Einstellung des Personenverkehrs.

WTB. Dresden, 10. Juli. Zu der Meldung von der zu beabsichtigten Einstellung des Personenverkehrs in Sachsen teilte die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen mit, daß nach einer jeden aus Suidau eingetroffenen Meldung die dortigen Verbindungen ein günstiges Ergebnis zeitigt haben und die Bergarbeiter mit der heutigen Mittagspause die Arbeit wieder aufnehmen werden. Infolgedessen hat sich die Generaldirektion entschieden, von einer Einstellung des Personenverkehrs Abstand zu nehmen. Mit Rücksicht auf den gelinkten Kohlenbedarf bleibt jedoch die Einschränkung des Güterverkehrs vorläufig noch aufrechtzuerhalten.

## Ende des Bergarbeiterstreiks in Frankreich.

WTB. Paris, 10. Juli. Durch Schiedspruch der Regierung wurde gestern der Bergarbeiterstreik beigelegt. Die Arbeit wird am Freitag normal wieder aufgenommen. Die Bergarbeiter haben fast in allen Forderungen gesiegt.

## Demonstrationsstreik der französischen Eisenbahner.

WTB. Paris, 10. Juli. Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationsstreik am 2. u. 3. d. M. zu beteiligen. Infolgedessen wird am 21. Juli von 5 Uhr vormittags an jeder Verkehr in Frankreich 24 Stunden lang ruhen.

## Erzberger gegen ein Tabakmonopol.

Weimar, 10. Juli. Im Tabaksteuerauschuß der Nationalversammlung beantragte der sozialdemokratische Abgeordnete Schüller, die Tabaksteuererträge zu verlagern und die Regierung auszufordern, eine Denkschrift über die Einführung eines Tabakmonopols vorzulegen. Reichsfinanzminister Erzberger machte darauf aufmerksam, daß dem Handelsministerium neben den Schwierigkeiten der Ausarbeitung der Beschlüsse zwischen der Verwaltung und den Tabaksteuerbesitzern auch die Erwägung entgegenstehe, daß das Reich den Tabak aus dem Ausland keineswegs werde billiger beschaffen als die Privatimporte. Aus dem Monopol würde keine Ware mehr für das Reich herauskommen.

## Deutsche Nationalversammlung.

53. Sitzung.

Weimar, 10. Juli.

Am Regierungstische: Dr. v. Bredt, Kossel, Erzberger, Mayer, Kaufmann.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten.

Die erste Beratung des Verfassungsentwurfes wird bei dem

nebsten Abschnitt, Rechtspflege, Artikel 101—106, fortgesetzt.

Berichterstatter Abg. Dr. Spahn (Ztr.).

Art. 101 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Dazu liegt ein Antrag Agnes und Gen. (U. S.) vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte verlangt, denen auch Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten.

Abg. Senke (U. S.): Kurz durch die Einsetzung von Volksgerichten, das heißt durch die Wahl der Richter, kann der Klassenjustiz ein Ende gemacht werden, und das tut jetzt doppelt so. Niemals ist die Klassenjustiz brutaler aufgetreten als jetzt. Vor allen Dingen aber muß ein Ende gemacht werden mit der staatswütigen Standgerichte und außerordentlichen Kriegsgerichte. (Zuruf rechts.)

Staatsminister Dr. Bredt: Was eine Verfassung überhaupt tun kann, um die Grundrechte für eine gute Justiz zu schaffen, das ist hier veräußert. Durch Auslieferung der Gerichte an die Lebenskraft der politischen Wahl wird dieses Ziel sicher nicht erreicht. (Beifall.)

Abg. Dr. Feige (D. Vp.): Die Demokratie tritt mit der Forderung der Weisheit der Richter außerordentlich konsistent, ja reaktionär und mittelalterlich auf. Auf die Ausbildung der Richter kommt alles an. Eine gute Justizpolitik wird durch die Wahl unmöglich gemacht. Der Richter kommt unter die Herrschaft der Parteien und Programme. Er verliert damit die Unabhängigkeit. Sie ist aber die Grundlage des deutschen Staatslebens.

Abg. Warmuth (Dn.): Der gelehrte Richter steht in keinem unvereinbaren Gegensatz zum Volksrichter. Schließlich wird auch bei der Einsetzung von Volksrichtern nach dem Votieren der Kandidaten gefragt, und solch Parteirichter würde kein ganzes Leben vor der Öffentlichkeit hergeführt werden können. Die Wahl würde somit die Unabhängigkeit des Richters aufzuheben gefährden.

Abg. Kahnelein (Soz.): Wir können dem Antrag der Unabhängigen nicht zustimmen, denn hier sollen Richter auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt werden. Der Richterstand muß fortan den neuen Gestaltungen unseres staatlichen Lebens volles Verständnis entgegenbringen. Der Antrag der Unabhängigen hebe praktisch eine Klassenjustiz durch eine andere beseitigen. Unabhängige als Richter sind noch lange keine unabhängigen Richter. (Lebhaftes Zustimmung.) In den künftigen Gerichten muß durch ein hartes Element, das aus Volkswahlen herorgegangen ist, ein Gegengewicht geschaffen werden. Berufsrichter und Volksrichter müssen ankommen.

Abg. Dr. Ullrich (Dem.): Der von dem Abg. Senke vorgeschlagene Weg zur Sicherung einer unabhängigen Rechtsprechung würde geradezu die Grundlagen der Unabhängigkeit der Richter erschüttern.

Die Rechtsprechung der Zukunft soll gegründet sein auf den Glauben an die Demokratie.

Demokratie, die Achtung vor allem, was Menschenwürde ist, die Achtung auch vor der Meinung des anderen, wird fortan die sicherste Grundlage der unabhängigen Richter sein. (Beifall.)

Abg. Senke (U. S.): Den Glauben an die Demokratie haben wir auch, aber nicht die Demokratie des Herrn Ullrich, denn die ist weiter nichts als verüllter Kapitalismus.

Abg. Kahnelein (Soz.): Gerade Sie sind es (zu den Unabhängigen), die den wichtigsten Grundpfeiler der Demokratie, das allgemeine gleiche Wahlrecht, schon längst zum alten Eisen geworfen haben.

Abg. Dr. Kießer (D. Vp.): Es gibt auf der ganzen Welt kein Volk, das über so unparteiische Richter verfügt wie das deutsche. Renomte Klassenjustiz wird jedenfalls von unseren Richtern nicht getrieben. (Widerpruch und Lachen bei den Unabhängigen.) Nachdem Sie die Disziplin im Heer untergraben, nachdem Sie die Verwaltung lahmgelegt haben, wollen Sie jetzt die Unabhängigkeit der Richter beseitigen und damit den Abbau jeder Staatsautorität vollenden.

Abg. v. Brentano (Ztr.): Unser Richterstand hat wirklich eine bessere Beurteilung verdient als die, daß man ihm mehr oder weniger verbüßt den Vorwurf einer bewußten Klassenjustiz macht. Auch der Weisheit wird durch die Wahl nicht pöbellich ein höheres Wesen, sondern er bleibt denselben Schwächen und Träumen immer unterworfen wie der ernannte Richter.

Artikel 101 wird unter Ablehnung des Antrages Agnes und Gen. in der Ausschussfassung angenommen.

Artikel 102 (Ernennung der Richter auf Lebenszeit, Zulässigkeit der Festsetzung einer Altersgrenze für Richter durch die Landesgesetzgebung) wird ohne Erörterung angenommen.

Artikel 103 bestimmt: Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem geistlichen Richter entzogen werden.

Die geistlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden hieron nicht berührt.

Artikel 104 bestimmt: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben außer für Kriegszeiten. Das Nähere regelt ein Reichsgesetz.

Die Unabh. Soz. beantragen die Streichung dieser beiden Artikel in Konsequenz ihres Antrages betreffs der Volksrichter.

Die Abg. Auer und Gen. (Soz.) beantragen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben (heut: aufzuheben).

Abg. Gröber (Ztr.) beantragt zu Artikel 105 den Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind aufzuheben, und in Artikel 104 die Einschränkung, daß die Militärgerichtsbarkeit auch für die Verhältnisse an Bord bestehen bleibt.

Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit größter Beifügung einzufügen.

Abg. Gröber (Ztr.) bekräftigt seinen Antrag. Die Nationalversammlung müsse erklären, daß sie keine Behörden mehr haben wolle, die darauf achten, daß die Standbesitze des Duells gewahrt werde. Auch seine Partei stimme ferner dem Beschlusse des Ausschusses zu, daß die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben sei.

Freigewählter Kriegsminister Heineke: Es ist beabsichtigt, eine Disziplinarkammer für das Heer neu einzurichten. Deshalb erscheint es besser, die Aufhebung der Militärgerichte nicht in das Verfassungswort hineinzubringen. Es wird überhaupt genügt, wenn das Haus in irgend einer Form den Wunsch ausdrückt, daß die Militär Ehrengerichte nicht weiter aufleben.

Reichsminister Kossel: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, ist unmöglich. Beifällig die Verfassung in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, so werden wir die geordnete Verrichtung möglichst bestmöglichen. Das Gesetz würde so rasch wie möglich ausgearbeitet werden. Eine Verschlechterung des Rechts ist doch aber nicht beabsichtigt. Es muß eine gewisse Leberzeit gelassen werden. Die Regierung gibt die Versicherung ab, daß diese Leberzeit so kurz wie möglich bemessen sein soll.

Abg. Hall (Dem.): Aus unserer Weltanschauung heraus wird wir gegen jedes Ausnahmegesetz, Ausnahmegericht und -verfahren. Wenn die Regierung erklärt hat, sie könne die

Militärgerichte vorläufig nicht entbehren, so müssen wir bei dem Kompromiß bleiben.

Abg. Senke (Dn.): Im allgemeinen haben die Kriegsgerichte mitle und mitleidig geurteilt. Die Reform der Militärgerichtsbarkeit halten auch mir für nötig. Eine Amnestie ohne Autoritätsbedanken ist unmöglich. (Sehr richtig.)

Abg. Graf zu Dohna (D. Vp.): Die militärischen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden, weil sie zur Aufrechterhaltung des Ehrengeltes im Heer nötig sind. Die Militärgerichtsbarkeit darf ebenfalls nicht aufgehoben werden. Sie darf nicht ein Opfer der Augenblicksmeinung werden. (Beifall rechts.)

Abg. Döwiden (Soz.): Die Kriegsgerichte sind Ausnahmegerichte und sollen nicht mehr in unsere Zeit.

Abg. Dr. v. Babiker (Dn.): Ich warne namentlich vor der Beseitigung der militärischen Ehrengerichte. Das wäre ein Ausnahmegericht gegen den Offiziersstand. Das wäre ein Ausnahmegericht gegen den Offiziersstand.

Abg. Dr. Eohn (U. S.): Gerade die Wirksamkeit der Militärgerichte seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes beweist die Notwendigkeit ihrer Aufhebung.

In der Abstimmung wird Artikel 103 mit dem Antrag Gröber auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte angenommen. Der Antrag Gröber wegen Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit an Bord wird durch Zustimmung mit 124 gegen 100 Stimmen angenommen. Mit dieser Änderung wird Artikel 104 angenommen, ebenso die Entschließung des Ausschusses.

Darauf ist der Abschluß der Rechtspflege erledigt. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen und Verlesung. Schluß 1/2 8 Uhr.

## Umsatzsteuer und Reichsnotopfer.

WTB. Berlin, 10. Juli. (Drahtnachricht.) Das Kabinett hat in seiner Donnerstag-Nachmittagssitzung über die Umsatzsteuer und das Reichsnotopfer verhandelt.

## Eine ferngültige Nachricht.

WTB. Berlin, 10. Juli. (Drahtnachricht.) In der Presse wird behauptet, der Ministerpräsident Bauer habe den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes die Zufügung gemacht, im Verlaufe des September 1919 würde eine einmalige Entschädigungssumme zur Auszahlung kommen. Ueber die Höhe sollen noch Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtenverbänden gepflogen werden. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Ministerpräsident Bauer hat vielmehr gesagt, daß die Frage einer Teuerungszulage nochmals Gegenstand der Beratung mit den Regierungen der Freistaaten und den Beamtenvertretern sein solle, und daß bei einer etwaigen Gewährung an eine Auszahlung vor Ende September nicht gedacht werden könne.

## Preussische Landesversammlung.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25. Der Etat des Ministeriums des Innern steht zur zweiten Beratung.

Abg. Dr. Reineke (Zentr.) beantragt die Erhöhung einer Verbrauchssteuer auf staatlicher Grundlage.

Abg. Schuber (Soz.) beantragt in einem Antrag die unterjährige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes zur Abschaffung aller Klassen-Verordnungen der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter.

Abg. Hammer (Dn.) empfiehlt einen Antrag, der den Gehältern den Rang der mittleren Beamten verleiht.

Abg. Dr. Angenborn (Dn.) beantragt, die Regierung um Ausfertigung eines Gesetzesentwurfes zur Revision für Verteilung und Verbreitung von Flugblättern und Schriften parteipolitischen Inhalts Staatsgelder ausgegeben worden sein; ferner bei der Reichsleitung anzufragen, welche Reichsmittel für solche Zwecke verwendet seien.

Abg. Bolter (Dem.) berichtet über die Ausgabeverhandlungen über den Erlaß der durch die Unruhen der letzten Monate entstandenen Schäden.

Der Ausschuss will, daß die Entschädigungen gemäßlich dem Reich, nötigenfalls unter Beteiligung des Staates und des Gemeindefiskus, geleistet werden.

Abg. Reineke (Ztr.) beantragt, bei der Reichsleitung dahin zu wirken, daß auch in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern Mietzinsbegrenzung eingeführt werden.

Abg. Wenzel (Dn.) beantragt die Niedererhebung der Zensur für Jugendlicher und Hochschulzöglinge.

Abg. Reineke (Ztr.) beantragt die Regierung um geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des öffentlichen Glücksspiels, das vollkommen unterdrückt werden sollte.

Abg. Auer (Soz.) berichtet über die Ausgabeverhandlungen betreffend die Gemeindefiskal und die Zusammenlegung der Kreisämter.

Abg. Böhde (Dn.) bekräftigt einen Antrag auf geordnete Regelung des gemeindefiskalischen Verhältnisses zwischen Berlin und den Vororten.

Abg. Reineke (Ztr.) berichtet über die Ausgabeverhandlungen über eine Reihe von Gemeindefiskalangelegenheiten. Der Ausschuss beantragt unter anderem eine Änderung des Gemeindeabgabengesetzes dahin, daß die Gemeinden bestial sein sollen, alle Einkommen von über 8000 Mark, die nach Abzug der übrigen Steuern bleiben, mit einer besonderen Steuer von 50 Prozent zu belegen.

Nachdem unter anderem Abg. Schuber (Soz.) für den Ausfertigung der Beamten-Abg. Strauß (Dem.) für die Umgestaltung der Leberwahrung des Birnenweines, Abg. Frau Klencke (U. S.) für die Beseitigung der Krankenversicherung eingetreten ist, trat Abg. Löwe (D. Vp.) die Regierung, welche Maßnahmen sie treffen werde, um den aus dem Kriege zurückgebliebenen Angehörigen der Familien der freien Berufe die Wiedererlangung der bürgerlichen Stellung zu erleichtern.

Abg. Schröder (Soz.) trat nach dem Grunde der am 18. Juni erfolgten Belegung Erlaß durch die Regierungstruppen.

Beitrag 1 Uhr: Fortsetzung; vorher kleine Anfragen und Eisenbahnangelegenheiten. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abtransport der Deutschen aus Riga.

WTB. Berlin, 10. Juli. Auf die energischen deutschen Einprüche hat die Entente nunmehr die Schiffsverkehrs- bewegungen gestattet, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Räumung des Baltikums von deutschen Truppen notwendig sind.

## Urteile des Sudapeter Ständerichtes.

WTB. Budapest, 10. Juli. Von dem Ständericht wurden von 402 wegen des gegenrevolutionären Aufstandes vom 22. Juni Angeklagten 11 zum Tode durch Erschießen, einer zu drei Jahren schwerer Kerker verurteilt. Zu Zwangsarbeit wurden verurteilt sechs lebenslanglich, acht zu fünf Jahren, zehn zu 10 Jahren, sechs zu 5 Jahren, fünf zu 3 Jahren, 9 zu 2 Jahren, sechs zu 1 1/2 Jahren.

### Wilsen vor dem Senat.

Am 12. Juli. Das Reichsamt Wilsen wird dem Senat vorgelesen. Der Senat hat die Wilsener Mittelklasse über den Friedensvertrag und die begleitende Politik in einer öffentlichen Sitzung unterzogen. Wilsen wird am 13. Juli 12 Minuten vor dem Senat erscheinen.

### Besetzung der Gesandtschaften in Petersburg.

Wien, 10. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reichsamt Wilsen meldet aus Petersburg: Die Botschafter haben die fremden Gesandtschaften und Konsulate in Petersburg besucht und das gesamte Personal berufen lassen.

### Milderung der österreichischen Friedensbedingungen.

Wien, 10. Juli. Wiener Korrespondenz. Staatskanzler Renner hat heute von Vösenden die Friedensbedingungen Clemenceau eine Note erhalten, in der die von Staatskanzler Renner am 28. Juni angeführten Punkte als berücksichtigend erklärt werden, weshalb Artikel 40 gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt würde: Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürger und der von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, welche Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Einziehung. Die Bestimmungen belegen sich nicht auf Güter, von denen in den Finanzplänen die Rede sein wird. Sie belegen sich nicht auf Schiffe, über die in den Währungsmaßnahmen Bestimmungen enthalten sind. In der Note wird ferner die handelspolitische Note der österreichischen Delegation beantwortet. Die Bewegung der Weltöffentlichkeit sei für das wirtschaftliche Österreich nicht gefährlich, weil es gefahrlos sei, mit der Wirtschaftswelt und mit Ungarn auch von der Weltöffentlichkeit ausgenommene Verträge abzuschließen. Die allierten Staaten wünschen nicht, daß die österreichische Wirtschaftseinkünfte Beschränkungen unterliegen, sind aber nicht in der Lage, sofort Weltöffentlichkeit einzuräumen. Sie sind nur bereit, folgenden Artikel hinzuzufügen: Die Österreich in Artikel 1-4 auferlegte Weltöffentlichkeit wird nach drei Jahren von seinem alliierten oder assoziierten Staat in Anspruch genommen werden, ohne die Gegenleistung zu gewähren, wenn nicht der Vörschub anders entgegengesetzt.

### Aus der demokratischen Bewegung.

Korrespondenz, 10. Juli. Nach einer eingehenden Auswertung erfolgte hier in Gegenwart einiger Reichsamtler die Gründung eines Vereins der Deutschen demokratischen Partei für Groß-Corsetza-Benigsdorf. Dem Verein werden sofort einige Anträge über die weiteren Anordnungen und die Gründung eines Vereins der Deutschen demokratischen Partei für Groß-Corsetza-Benigsdorf. Dem Verein werden sofort einige Anträge über die weiteren Anordnungen und die Gründung eines Vereins der Deutschen demokratischen Partei für Groß-Corsetza-Benigsdorf.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 11. Juli 1919.

### Ausführung der Bergarbeiter.

Die Verhandlungen des Magistrats wegen Weiterführung des Reichs- und Staatsausfalls für die den Bergarbeitern aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bewilligte und für die Zeit vom 4. Februar bis 4. April d. S. ausgesetzte sogenannte Auslösung sind vergeblich geblieben, weil nach Ansicht der Erwerbslosenfürsorge die Zahlung der für die Erwerbslosenfürsorge eingesetzten Bergarbeiter nicht rechtens ist und daher sowohl für Nachzahlungen als auch für die Zukunft Reichs- und Staatsausfälle nicht mehr bewilligt werden können. Eine weitere Auslösung der Bergarbeiter über den 4. April d. S. hinaus kann daher, wie der Magistrat mitteilt, nicht mehr erfolgen.

### Die Polizeierhaltung der Stadt Halle.

Stellt sich im Geschäftsjahre 1919 an den Stadtdienst bedeutende Anforderungen. Der Haushaltsplan dieses Jahres im allgemeinen Stadtbauhaushalt beantragt mit 1.282.496 M. Ausgaben gegen das Vorjahr mehr 85.796 M. Wenn wir den Haushaltsplan von 1918 heranziehen, so betragen die heutigen Mehrkosten gegen letztes Jahr 124.622 M.

In den Einnahmen der Polizeierhaltung hat sich gegenüber dem Vorjahre nichts geändert, sie sind wieder auf 44.300 M. veranschlagt, darunter 18.000 M. für Bewachungsaufgaben und 26.300 M. für andere. Die Unveränderlichkeit der letzten Summe deutet darauf hin, daß man sich bei der Ausgestaltung der Bevölkerung im Geschäftsjahre 1919 wieder auf der früheren Höhe erhalten will. Wir wollen wünschen, daß diese Hoffnung nicht scheitern wird. Eine herrliche Mitteilung bleibt auch weiterhin bestehen. Sie dient wohl hauptsächlich der Bergarbeiter von Halleschen. Weiter muß angenommen werden, daß diese Abteilung sehr viel zu tun haben wird.

### Ueber die politische und soziale Struktur Russlands.

sprach Herr Prof. v. Czetzky-Boringhove in der Aula der Universität. Sein Vortrag war das russische Volk nach Ständen gegliedert. Nach der Währungsreform gehörte das russische Volk der Gemeinde. Die Stolypin'sche Agrarreform führte das Individualeigentum ein. Neben den alten Ständen bildeten sich 2 neue Klassen, die Intelligenz und die Fabrikarbeiterklasse, für welche die Gesetzgebung keine Organisation vorgesehen hatte. Sie schufen sich ihre Organisationsformen contra legem, und es ist bezweifelhaft, daß sie bald von rein politischem und rechtserziehendem Geiste erfüllt werden. Hier liegt der Keim für die weit vorgeschrittene Kollektivierung des russischen Volkes. Die Organisation der neuen Klassen nach der dreigliedrigen Form an, die letzten seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre politischen Ziele auf dem Wege der Selbstverwaltung und der Parteien zu erreichen.

In diesen beiden Klassen entwickelten sich nach der Revolution von 1905 die Parteien der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre. Den Sozialdemokraten schloß sich das russische Bauernproletariat an. Ihr Ziel war auf weitgehende Kollektivierung gerichtet. Die Industrialisierung unter dem Regime des Zaren Wladimir in den 90er Jahren hatte bald zur Folge, daß das Proletariat von der Theorie zur Praxis überging. Das Jahr 1905 brachte den ersten Streik russischer Arbeiter, nämlich den der Textilarbeiter in Petersburg. Die russische Sozialdemokratie wurde das getreue Spiegelbild der heutigen, sie hatte auch, ganz wie bei uns, den Klassenkampf zum Programm. Im Jahre 1905

bildete sich der Bolschewismus. Der Agrarromantismus, die Währungsreform, die allgemeine Vererbung der russischen Bauernschaft zur Folge gehabt. Gleichwohl hielt man an dem Gedanken der allgemeinen Kollektivierung fest.

Das liberale Bürgertum war von jeher schlecht organisiert. Kurz vor der Revolution bildeten sich die 2 Gruppen der Oligarchen und Kadetten, jene die Großgrundbesitzer und das Großbürgertum, diese die übrigen bürgerlichen Stände, die sozialen Ideen zugewandt war, umfassen. Eine konservative Meise im deutschen Sinne hat es in Russland nicht gegeben. Der Verband der russischen Bauern vermochte es in der Duma nicht einmal zur Bildung einer Fraktion zu bringen. Die Stärke der Parteien in den Dumas schwankte in erheblichem Maße. Die Sozialdemokraten gingen beispielsweise zurück von 190 Eingen in der ersten Duma auf 24 bei Kriegsausbruch.

Nach der Revolution von 1905 konnte sich dank allgemeiner Revolutionsmüdigkeit eine allgemeine Reaktion durchsetzen. Die Massen ließen hinter sich. In diese Zeit fällt das Erwachen des russischen Nationalismus, der von der Regierung vom Panlawismus zum Panrussismus umgewandelt wurde, zur Ausföhrung vor allem der Polen und der Ukrainer. Die russische Revolution wurde der allgemeinen Zukunft der Welt, durch die Scham über die Niederlage im russisch-japanischen Kriege und durch den Hof gegen das Substantum. Die Amerikaner Bosniens und der Herzoginina seitens Oesterreich trieb auch die mit den Juden verknüpften Kadetten dem Sozialismus, der sich imperialistische und deutschfeindliche Ziele steckte, in die Arme. Die Regierung hätte während dieser Zeit der nationalen Strömung volksfreundliche Reformen durchsetzen können und müßten; es fehlte ihr jedoch an Einsicht und gutem Willen. Es setzte vielmehr eine Zeit finstlerer Reaktion ein, wodurch die revolutionäre Stimmung wieder geweckt wurde.

Aufstand ist durch den Ausbruch des Weltkrieges zunächst vor der Revolution bemerkt worden. Während der Anwesenheit von Nicolaus in Petersburg im Sommer 1914 fanden in der Stadt große politische Streiks und heftige Kämpfe zwischen Arbeitern und Truppen statt. Die drohende Revolution ließ Russland den Krieg von Jaune brechen. Und mit Kriegsausbruch stellten sich alle Parteien auf die Seite der Regierung, auch die sozialen, diese aus tatsächlichen Gründen, da sie von dem Ausgang des Krieges sowohl die Zerstückelung des Zarismus als auch des deutschen Militarismus erhofften. Als der Krieg sich in die Länge zog, erlitt die Kriegsbegiertheit der Linke und rechte Parteien aufsehens. Nach der ersten Niederlage im Weltkrieg kam es zu einer Zusammenkunft aller Mittelparteien zu einem fortwährenden Block. Daneben machte sich unter dem Einfluß Rasputins eine gefährliche Reaktion geltend, während die Linke Vorbereitungen für die politische und soziale Revolution traf.

Der Minister des Innern ließ künstliche Unruhen inszenieren, um reaktionäre Maßnahmen verständlich erscheinen zu lassen. Aber es kam anders: Die Kräfte walle entwickelten sich zu Revolution und endigten in der allgemeinen Revolution. In der Duma bildete sich neben dem Volkskongress die erste Arbeiter- und Soldatenrat. Dieser Rat war ein organisiertes Volkstribunal, das es keine politische und gewerkschaftliche Organisation gab. Der Gedanke als allgemeines politisches Organisationsmittel ist eine Erfindung der Deutschen. Der A. und S. Rat der Duma gilt als Kontrollinstanz und terrorisierte die Regierung in jeder Hinsicht.

Im Juli 1917 wurde Kerenski Ministerpräsident. Auch unter ihm blieb die Regierung das Spielzeug der Mäße, die bereits im bolschewistischen Jahrbuch legten. Sie traten bald mit ihren drei Hauptforderungen hervor: Uebergabe aller Gewalt an die A. und S. Mäße, sofortiger Friedensschluß, Verlegung des Landes an die Bauernschaft und der Arbeiter an die Arbeiter. Bei den Kommunisten erhielten die Bolschewisten 37 Prot. aller Stimmen. Am 6. November 1917 trat ein neuer Aufstand aus, und zwei Tage später besaßen die Bolschewisten die Regierungsgewalt. Es fällt schwer, sich ein Bild zu machen von dem brodelnden Chaos des bolschewistischen Russland, von dem allseitigen Terror, dem daniederliegenden Wirtschaftsleben, dem stillgelegten Fabriken, der ruinierter Landwirtschaft, dem zerstörten Gewerbe. Das oberste Ziel des Bolschewismus, die Ausrottung des Bürgertums, scheint reiflos gelungen zu sein. Viele Bürgerliche sind geflohen, andere proletarisiert, andere als Angestellte im Dienste der neuen Gewalten tätig, eine Anzahl umverwandelt in Kleinrentner. Die Arbeiter, als ob die Macht des Bolschewisten, der sich ihrem Ende zuneigte; sie wird von außen und innen bedrängt.

Die Führer Lenin und Trotski sind der Überzeugung, daß sie den wahren Marxismus vertreten, und wüßten, das System konsequent weiterzuführen. Nach ihren eigenen Worten wollen sie die Welt in ein Bureau, in eine Fabrik verwandeln. Um dies Ziel zu erreichen zu können, sei es Zwangsmaßnahme die Diktatur des Proletariats notwendig; denn nur dadurch könne die Wiederherstellung einer Klassenregierung unmöglich gemacht werden. Darüber hinaus geht es dann zu höheren Entwicklungsformen, die endlich der Staat überflüssig gemacht, alle Diktatur, alle Gewalt, aller Zwang beseitigt ist und die Menschheit in freien Kommunen in Frieden und Glück lebt.

Eine solche Utopie glauben die Vertreter des Bolschewismus verwirklichen zu können. „Brechtlich“ hat „Königlich“. Der Minister für Handel und Gewerbe weist in einem Erlaß an die ihm unterstellten Behörden darauf hin, daß die revolutionäre Staatsform durch das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsämter in Preußen vom 20. März 1919 ihre gemeinsame Grundlage erhalten hat. Es erhebe nunmehr notwendig, auf den Siegel- und Stempelabdrücken sowie bei den Inskriptionen an und in den Dienstgebäuden der Preussischen Staatsbehörden das Wort „Königlich“ zu entfernen und durch das Wort „Republik“ zu ersetzen. Mit einer entsprechenden Verfügung ist die Reichsregierung in Preußen auf die gegenwärtige Amtsträger der Arbeiter- und Arbeiterbeschäftigten, sowie im Interesse der Kohlenversorgung im allgemeinen von der Befolgung neuer Amtseigenen und Amtsinhaber vorläufig zum Wohlstand abgesehen werden. Bei der Vornahme der Befragungen für Wante ist fortan die Bezeichnung „Die Preussische Staatsregierung“ als Amtsinhaltungsbezeichnung zu verwenden.

Eine neue Schwärzerei im Bahnbetrieb. Eine neue Schwärzerei im Bahnbetrieb hat sich in letzter Zeit wiederholt während bemerkbar gemacht, ganz abgesehen von der Anwesenheit an Rollen, Umföhrten und Wagen sowie den Ausfahrten. Die neuen Dienstpläne leben für Beamte und Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung den achtstündigen Arbeitstag vor. Aber dem wird beim Fahrpersonal der Wohnort bei der Aufstellung der Dienstpläne berücksichtigt sein. Die neuen Schwärzereien haben an verschiedenen Stellen zu einem Nangel an Personal geführt und sind deshalb die Zeit für den Verhängnisvollsten Automatenführer und Fahrer sich immer mehr geltend macht die letzten bedrängten Bestimmungen durchzuführen. Verschiedene D-züge waren in Aussicht genommen, konnten

aber überhaupt nicht oder erst später entnommen werden, ob es wieder an Rollen noch Automaten gefehlt hätte. Höhere Eisenbahnleistungen der Post. Für verlorene oder beschädigte Pakete vergütet jetzt die Post höchstens 3 M. für das Pfund. Dieser Satz ist durch das Gesetz herabgesetzt. Das Nationalpolitikum beabsichtigt eine Erhöhung der Nationalpolitikumleistungen in der dieser Satz erhöht werden soll. Der geringe Betrag entspricht längst nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Eine kleine Hilfe ist inwieweit die vereinfachte Zulassung von Paketen bis 100 M. Bei diesen darf nur die Paketfarbe die Verteilung tragen.

### Berichtsverhandlungen.

### Die Erich Mühlhans mühsame Arbeit gelohnt wurde.

Die Mündener zweite Revolution traurigen Angebens spiegelt sich in einem Strafverfahren gegen den Kommunisten Erich Mühlhans und den Rechtsanwalt Dr. Adler. Erich Mühlhans selber legt die Fäden seines Verfalls, Geschehnisse zu machen, bloß. Am ersten Prozeßtag schiederte er, wie er seine kommunistische Propaganda begann. Er gestand, daß er damit anfang, das Kampfenproletariat heraufzuführen und in den Verbrechertellen und Verleumdungen für den Kommunismus zu werden. Man hätte ihm erst völlig zu und gewonna, so viel Interesse für die Reichsamtler in der dieser Zeit, daß einige seiner bestellten Führer ihm einen Gegenstand in seiner Wohnung abhätten und ihn nach Kräfte beizubehalten — die richtigen Schritte aus dem ihnen von Mühlhans gegebenen Geogonellum Prozeßsagen. „Eigentum ist Diebstahl“ und: was dem ist, ist mein. Wie Erich Mühlhans das mit seinen Augen im Mündener Prozeß erzählte, tröstete ihn der Vorliegende: „Darüber dürfen Sie sich doch nicht wundern, wenn Sie Ihre Leute aus dem Keller holen (der berechtigten Mündener Kampagne). „Ja, woher sollte ich sie denn holen?“, war die Antwort des neuen Anklägers in der Verhandlung der Welt, Erich Mühlhans. Auch der Rechtsanwalt Dr. Adler, der zu den Kampfenführer für die Arbeiterpartei gehört hat, ist eine typische Erscheinung aus dem Kreise der „Vollbender der Revolution“. Er hat während des Krieges beim Gouvernement Brüssel gearbeitet, und dieser Mann, der sich dann in München als Freund des Proletariats hingestellt, hat in Brüssel in seiner amtlichen Eigenschaft sich nicht genug tun können für die avogonelle Verleumdung beliebiger Arbeiter nach Deutschland. In einem von ihm verfaßten Bericht befragt er auf bittere die auf Befehl des Kaisers eingeleitete Deportation der beliebigen Arbeiter nach Deutschland, die nach seinen Worten hunderttausende deutscher Arbeiter hätten retten können. Zu einer Zeit, als sich die deutschen Sozialisten gegen die gramlose Verleumdung eingeleitet, um hunderttausende seiner heutigen proletarischen Freunde in ihren damaligen Verhältnissen durch Selbsterlösen und den deutschen Arbeiter für den Schützenbogen frei zu machen. Und dieser heutige Kampfer des Militarismus, dieser Erich Mühlhans, der im jetzigen Prozeß erklärte, er müßte todsüchtig werden, wenn er eine Uniform leibe, sich während des Krieges seine vorgegebene Dienststelle an, sie möge ihn doch zum Leutnant zum Oberleutnant ernennen, damit er einen „besseren Einbruch“ mache.

### Unter Hallisches „Vollbender“ muß kein besonderes Verhängnis an diesen beiden Verleumdern haben, denn es hat früher in den Himmel erstreckt. Unter diesen Umständen ist es auch menschlich begreiflich, daß es mit dem Gerichtsverfahren gar nicht einverstanden ist.

### Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

### Radspor.

Wiedereröffnung der Radrennbahn. Nachdem die Hallische Radrennbahn ihre Pforten geschlossen hat, ist es gelungen, die Radrennbahn in Halle wieder zu eröffnen. Die Eröffnungsfeierlichkeiten fanden am 13. Juli statt. Die Dauerhafte Bäumler, Eröffnung und Militär teilten sich im 10-Kilometer-Eröffnungsrennen und im Großen Preis der Industrie über 40 Kilometer. Außer dem finden gute belegte Filigranrennen statt.

Der Deutsche Radfahrer-Bund veranstaltete am 19. Juli gelegentlich des Sündenbundes im Stadion zu Berlin ein Jubiläumsgedächtnis über 10 Kilometer (15 Runden), offen für alle Bundesvereine mit Mannschaften von zwei Fahrern um einen Herausforderungspreis, der in jedem Jahre beim Sündenbunde ausgefahren wird und vom Verein zweimal hintereinander oder dreimal im ganzen gewonnen werden muß, ehe er in dessen endgültigen Besitz übergeht.

### Provinzial-Nachrichten.

\* Wernburg, 10. Juli. (Schlagernachricht.) In einem kleinen Hotel fand kürzlich eine Gemeinderatsversammlung statt. Der Saal war in Strömen. Der Beschlus bildete eine Kette.

3. Selbst, 10. Juli. (Der Bau der Starke-Feuerung von Zickernitz nach Berlin) durch die Heilige Feldmark freigelegt rühtig vermehrt, zum Teil durch die Feldbesitzer. Zum Zwecke des Sammens der Leitungsdrähte, was durch Werke gelichtet, mußten weite Strecken ärgigen Getreides vor der Heile abgemäht werden. Da in diesem Stadium das Getreide auch nicht mehr als Grünfutter verwendet werden kann, kommt nur der Strohhalm in Betracht. Einige Besitzer waren von dem Beginn der Arbeiten gar nicht in Kenntnis gesetzt worden, und konnten, nachdem das Getreide in Grund und Boden getreten war, auch des Strohs nicht ernten.

1. Mitteldeh, 10. Juli. (Kaufmannschaft) In einem kleinen Kaufmannsprachen ein Verhandlungsmittel, das in der letzten Zeit in der Provinzial-Vorlegung seines Bundespräsidenten, weil er unter dem dringenden Bedacht stand, inallig Posterged umzuändern. Der Wohnunsinhaber kam dem Verlangen nach, wies 6000 M. vor, die sofort beilagemaht wurden. Die beiden angebotenen Beantwörter haben sich und nachher mehr der Gebührende erst gemacht werden, das er zwei weiteren Sammlern in die Hände gefallen war.

1. Dresden, 10. Juli. (Sondervertrag im Dreier- und Kellnerkreis.) In dem Kulturkreisverein steht ein vorläufiger Sondervertrag mit 35 Kulturkreismitgliedern getroffen worden. Danach erhalten Oberlehrer 150 M., Lehramtslehrer 120 M., Lehrer 120 M. und 2. Preis um Umlauf, für Kolt und Wohnung können 20 M. in Anspruch gebracht werden. Vorwärts erhalten gleiche Höhe mit Oberlehrer, außerdem bis 30 M. in Prozent vom Kapital, über 30 M. in Prozent. Die Höhe des Gehalts wird durch einen Richteramt gemacht. Ein von den Studierenden geforderter Umlauf wurde von der Regierung unterlassen.

1. Leipzig, 10. Juli. (Märcheln für das Hübnerleben) verlangten 60 Jungen und Mädchen auf dem

